Mit farbig illustriertem „Ull"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „U.T.R.", „Haus hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Mutti". Bezugspreis: wöchentlich 1,20 RM. monatlich 5 RM. einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblä", Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49. Filialen: Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1—6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 84; Scharrenstraße 89; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee: Grunewald: Hentrichenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 95/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Vorbalkmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Schweidnitzer Str. 21/22; Copenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Frankfurter Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 34; Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 27; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 34.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 224
Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang
Freitag, 13. Mai 1927

Empfang bei Ossinski.

Die Sowjetdelegierten vor der Weltpresse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 12. Mai.

Die russischen Delegierten veranstalteten heute nachmittag ihren ersten Presseempfang. Der kleine Salon ihres Hotels war von den Vertretern der internationalen Presse, die sich auf eine gründliche Aussprache gefaßt gemacht hatten, dicht gefüllt. Die Erwartungen wurden nicht getäuscht. Die Delegierten Ossinski und Sokolnikow und der Sachverständige Varga beantworteten eingehend die zahlreichen Fragen, die ihnen gestellt wurden, und in der zweistündigen Aussprache wechselten sachlicher Ernst mit lebhafter Heiterkeit. Auf die Frage, ob die Sowjetregierung auch an weiteren Konferenzen und namentlich an einer Abrüstungskonferenz teilnehmen werde, erwiderte Ossinski, er habe zu positiver Auskunft keine Instruktionen und könne nur sagen, daß die Sowjetregierung sich gewiß nicht scheue, auch eine Abrüstungskonferenz zu besuchen. Es wurde sodann gefragt, ob die Delegierten sich bereits über ihre Stellungnahme zu den der Konferenz zu unterbreitenden Resolutionen schlüssig geworden seien. Der russische Vertreter erwiderte, einen endgültigen Beschluß habe man noch nicht gefaßt, man würde aber wahrscheinlich für alle Resolutionen stimmen, was praktisch sei und den russischen Interessen entspreche. Die Delegation verstehe sehr wohl, daß man Kompromisse schließen müsse. Auf die indiskrete Frage, ob die Russen hierher gekommen seien, um Propaganda zu treiben, erwiderte Ossinski: „Wir sind gekommen, um frei und offen unsere Gesichtspunkte darzulegen und die Mittel zur Zusammenarbeit und zum friedlichen Nebeneinanderbestehen zweier verschiedener Systeme zu finden. Ich glaube nicht, daß es Propaganda ist, wenn wir mit derselben oder vielleicht noch größerer Freiheit wie die übrigen Teilnehmer unsere Meinung aussprechen." Auf die Frage, ob das Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten Einfluß auf die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen habe, erklärte der russische Vertreter, der Handel mit den Vereinigten Staaten habe sich ausgezeichnet entwickelt und werde sich verdoppeln, wenn er eine politische Basis habe.

Die Frage eines Amerikaners, unter welchen Bedingungen die Sowjetunion in das wirtschaftliche Milieu Westeuropas eintreten würde, beantwortete Sokolnikow damit, daß dies durch die bereits im Gange befindliche Teilnahme Rußlands am Welthandel erfolge. Sowjetrußland schließe die Mitarbeit fremden Kapitals durchaus nicht aus. Damit nehme die Sowjetregierung keine kapitalistische Haltung ein. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß sie für die Beteiligung fremden Kapitals am russischen Wirtschaftsleben bezahlen müsse. Auch werde sie selbstverständlich das fremde Privateigentum respektieren, da ja die beiden Systeme nebeneinander bestehen. Die wesentlichen Garantien für das fremde Kapital seien in der gesunden Entwicklung der russischen Produktion zu erblicken. Ein italienischer Journalist stellte eine Frage betreffs des Verhältnisses der russischen Gewerkschaften und der Arbeitskraft zum faschistischen System. Dies gab Sokolnikow Anlaß, auseinanderzusetzen, daß der Faschismus den Kapitalismus ja anerkenne und die Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer regele, während in Rußland die Arbeiter die Besitzer der Unternehmungen seien. Der Streik sei in Rußland nur eine Ausnahmeerscheinung. Unter großer Heiterkeit beantwortete Ossinski die Frage einer Dame, ob die Frau in Sowjetrußland glücklicher sei als anderswo. Er setzte auseinander, daß die Frau dort völlig gleichberechtigt, und jeder Mann streng verpflichtet sei, für Frau und Kinder, und zwar auch für die illegitimen Kinder, zu sorgen. Sodann wurde zur Industriefrage dargelegt, daß die Verzinsung für das Industriekapital 8 bis 11½ Prozent betrage. Die Ueberschüsse fallen zu einem Drittel dem Staate zu, zwei Drittel werden zur Verbesserungen verwendet. Der Sachverständige Varga verbreitete sich eingehend über die Aenderungen in der Konzessionspolitik. Als man vor sechs Jahren die erste Konzession erteilt habe, sei das Vertrauen noch gering gewesen. Damals habe man nur kurzfristige Handelskonzessionen abschließen können. Nunmehr, nachdem Rußland eine starke innere Kapitalsansammlung besitze, gewähre man nur noch Konzessionen, die eine Produktionssteigerung bedeuten, das heißt wenige, aber finanziell gut fundierte Konzessionen. Rußland besitze für die Konzessionen genügend Sicherheiten, wenn die Konzessionäre mit ausreichend großem Kapital ausgerüstet seien. Einzelne Mißerfolge seien dem Umstand zuzuschreiben, daß das Kapital zu gering gewesen sei, oder die Leitung sich den Verhältnissen nicht angepaßt habe. Auf die Frage, ob Sowjetrußland die Mologakonzession übernehmen wolle, erklärte der russische Vertreter, daß die deutsche Gruppe infolge Kapitalmangels und ungenügender Geschäftsführung bankrott gemacht habe. Es werde nichts übrigbleiben, als das Unternehmen irgendwie in Ordnung zu bringen. Die Bedingungen der Mologakonzession seien im letzten Jahre nicht weniger als sechsmal zugunsten der Konzessionäre geändert worden, und schließlich habe die Sowjetregierung riesige Kredite dafür hergegeben.

Zum Schluß beantwortete Ossinski die Frage nach seinen Eindrücken von der Konferenz und der Zusammenarbeit mit den anderen Delegationen folgendermaßen: Die ersten Eindrücke der Delegation von außen her seien sehr unbefriedigend gewesen. Die weiteren Beziehungen seien dagegen völlig befriedigend. Hinsichtlich der Möglichkeiten der Konferenz seien die Russen genau so skeptisch und pessimistisch, wie ein großer Teil der übrigen Delegierten. Betreffs der Zusammenarbeit mit den Delegierten hätten die Russen sich in keiner Weise zu beklagen. Besonders sei man mit den Beziehungen zu den deutschen Vertretern in vollem Umfange zufrieden.

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin.

Von

Ministerpräsident a. D. **Tantzen** (Oldenburg).

Am 22. Mai finden in Mecklenburg-Schwerin wieder Landtagswahlen statt. Eine feste Mehrheitsbildung war in diesem Lande nur in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch als Reaktion auf die rückständigen und ungerechten Verhältnisse möglich. Bald jedoch gewannen die Junker und Ritter mit neuen Schlagworten ihre alte Machtposition wieder. Eine Rechtsregierung kam ans Ruder, beseitigte noch manche der in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch erreichten geringen Fortschritte, was im Sommer 1926 wieder eine Wendung nach links, aber keine genügende, zur Folge hatte. Eine Regierung von Sozialdemokraten und Demokraten trat das Erbe wieder an. Sie hatten jedoch nur die Hälfte der Stimmen, waren abhängig von wenigen Stimmen, der Splitterparteien rechts oder links. Der Landtag wurde aufgelöst.

In Mecklenburg wäre eine ruhige und feste Entwicklung notwendig, statt ewiger Wechsel in der Regierung mit der Folge vieler unnützer Hin- und Herarbeit und dauernder Verschiebung der Ziele. Mecklenburg ist seit jeher und noch heute Agrarland. Fast annähernd die Hälfte der gesamten Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig, trotzdem jährlich 30- bis 40 000 polnische Wanderarbeiter von den Großgütern hereingeholt werden, trotzdem die Stufenleiter von Klein- über den mittleren — zum größeren Bauern in Mecklenburg kaum in den ersten Sprossen vorhanden ist. 60 Prozent des gesamten landwirtschaftlich benutzten Bodens gehören zum Großgrundbesitz, die nur 1,3 Prozent der Betriebe umfassen, während die Betriebe bis 5 Hektar 85 Prozent der Betriebe ausmachen, aber nur 6,7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche einnehmen. In allen anderen Gebieten Deutschlands wurde im 18. und 19. Jahrhundert der Kampf zwischen Landesherren und Ständen zugunsten der Landesherren entschieden. Es konnten zeitgemäße staatsrechtliche Verhältnisse geschaffen, eine einheitliche Verwaltung konnte durchgeführt werden. In Mecklenburg umgekehrt. Adel und Ritter haben die Dreiteilung bis zur Revolution in ihrem Interesse festhalten können. Das Land Mecklenburg blieb in die staatsrechtlich verschieden gestellten Gebiete des Domaniums, der Ritterschaft und der Städte getrennt. Das Domanium umfaßte neben den meisten Bauerndörfern die Domänen und Forsten, welche persönliches Eigentum des Landesherrn gewesen waren. Der Landesherr übte hier die Gesetzesgewalt aus. 1023 Besitzer der großen Hauptgüter bildeten die Ritterschaft. Sie entsandten Abgeordnete in den ständischen Landtag. Jeder Ritter hatte obrigkeitliche Befugnisse in seinem Gutsbezirk. Eine allgemeine Verwaltung gab es für diesen Bezirk nicht. 48 Städte gehörten zusammen und bildeten die Landschaft. Ihre Bürgermeister waren auch im Landtag vertreten. Die Städte besaßen Selbstverwaltung. Städte, Ritterschaft und Domanium lagen bunt durcheinander. Eine einheitliche Verwaltung bestand bis zum Kriege nicht. Die wiederholten Versuche zur Schaffung einer Verfassung führten nie zur Einigung.

Auch ein Eingreifen des Reiches 1909/10 blieb erfolglos. Es blieb bei dem alten ständischen Staatswesen mit den Bestimmungen des landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs von 1775. Das Gebiet des Domaniums umfaßte nur 4600 Quadratkilometern etwa 43 Prozent, das der Ritterschaft mit 6000 Quadratkilometern etwa 46 Prozent, das der Städte mit 1500 Quadratkilometern etwa 12 Prozent der Gesamtfläche des Landes. In Mecklenburg kommen auf einen Quadratkilometer nur 46 Einwohner gegen 125 im Reich, 56 in Pommern. Es ist wohl das am dünnsten bevölkerte Land in Deutschland, und die Landflucht nahm seit Mitte des 18. Jahrhunderts trotzdem immer steigend zu. Der Großgrundbesitz erkannte nicht, welche Zustände und Gefahren dadurch auch für ihn geschaffen wurden. Im Gebiet des Domaniums hat die Bevölkerung von 1871 bis zum Kriege um rund 3500 Personen zugenommen; im ritterschaftlichen Gebiet, wo die Siedlung von jeher abgelehnt wurde, ist sie in derselben Zeit um über 16 000 Personen zurückgegangen.

Man bezeichnet in Mecklenburg die kleinen Betriebe bis 5 Hektar als Arbeiterlandstellen oder Häuslereien, die von 5 bis 20 Hektar als Büdnereien, die von 20 bis 100 Hektar als bäuerliche Betriebe oder Erbpachtstellen, und die Betriebe über 100 Hektar als Großgüter. Vor dem Kriege sind die Häuslereien auf: 1846 = 1500, 1870 = 3700, 1900 = 9200, 1914 = rund 12 000 gewachsen. Die Büdnereien sind in derselben Zeit von 6600 auf 8000, die bäuerlichen Erbpachthöfe dagegen nur ganz gering um wenige hundert gewachsen. Das Anwachsen der Häuslereien und Büdnereien fällt fast gänzlich ins Gebiet des Domaniums, im ritterschaftlichen Gebiet unterblieb vor dem Kriege die Siedlung überhaupt. Daher hier Abwanderung und Abnahme der Bevölkerung und Beschäftigung von ausländischen Wanderarbeitern.

Hergts Husarenritt in die Außenpolitik.

Eine Kopfwaschung im Reichskabinett.

Die Rede des Vizekanzlers Dr. Hergt auf der Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei in Beuthen, deren Tendenz die „Deutsche Tageszeitung" mit der Ueberschrift unterstrich: „Gen Ostland wollen wir reiten!" hat für den kühnen Reiter ein übles Ende genommen. Die polnische Presse reagierte bekanntlich mit der heftigsten Aufregung auf diese Rede und glaubte sogar eine offizielle Protestnote ankündigen zu können. Dazu kam es allerdings nicht, aber immerhin hat der polnische Gesandte einen mündlichen Protest vorgebracht. Der deutsche Außenminister war genötigt, um der rednerischen Entgleisung seines Ministerkollegen willen in zeitraubende Verhandlungen mit dem polnischen Vertreter einzutreten; während des gestrigen Tages meditierten beide über ein gemeinsames Communiqué, das den Konflikt beilegen und die von der polnischen Regierung eingeleitete Protestaktion abschließen sollte, — ohne daß bis zur Stunde die erlösende Formel gefunden worden wäre. Die Heftigkeit der Angriffe der volksparteilichen und Zentrumsblätter gegen den Vizekanzler Dr. Hergt läßt einen Rückschluß auf **die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zu, die im Reichskabinett stattgefunden haben.** Schon die Rede des Reichsaußenministers am 8. Mai auf dem volksparteilichen Parteitag in Bad Oeynhausen war eine offene Desavouierung Hergts. Stresemann erinnerte den Vizekanzler, daß die Regierungserklärung der Reichsregierung, der er angehört, „offen jede Politik der Revanche abgelehnt hat", und knüpfte daran **die Drohung seiner Demission, „wenn an dieser grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik sich etwas ändern würde."**

Der Reichsaußenminister wußte wohl, warum er so klar und scharf sprach. Die deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen befinden sich in einem kritischen Stadium und es war sicher, **daß die Freunde Polens in Frankreich die Briandsche Politik mit dem Hinweis aufgreifen würden, daß die Rede des deutschen Vizekanzlers die aggressiven Absichten Deutschlands gegen Polen verrate und daß deshalb ein gesundes Mißtrauen die Räumung der Rheinlande verhindern müsse.** Damit war der Hergtschen Rede zwar mehr Bedeutung beigelegt, als ihr wirklich zukam, aber die Tatsache ließ sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen, daß Hergt der deutschfeindlichen Propaganda Helfersdienste geleistet hat.

Das Kabinett hat in den letzten Tagen sehr stark unter dem Eindrucke der Rückwirkungen gestanden, die Hergts Rede ausgelöst hat. In diesem Zusammenhange wird auch verständlich, daß das inzwischen bestrittene Gerücht aufflackern konnte, der Reichspräsident habe seine Autorität bei den Deutschnationalen dafür eingesetzt, daß die deutschnationalen Parteiführer, besonders, wenn sie Mitglieder der Regierung sind, rednerische Eskapaden vermeiden, die die deutsche Diplomatie lahmlegen und in eine, wenn nicht geradezu blamable, so doch jedenfalls sehr unangenehme Situation bringen. Sicherlich aber hat der Reichskanzler aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, und es ist anzunehmen, daß er dem Vizekanzler auch mündlich das wiederholt hat, was die ihm nahestehende „Germania" vor wenigen Tage geschrieben hat: Daß die Rede Hergts „in der Form, in der sie in Deutschland verbreitet worden ist, besser nicht gehalten worden wäre".

Lapedatus Abreise nach Berlin verzögert.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Bukarest, 12. Mai.

Die Abreise der offiziellen Bevollmächtigten für die Berliner Kreditverhandlungen ist um wenige Tage verschoben worden. Lapedatu hat indessen bereits die ordentlichen Vollmachten zur Führung der Verhandlungen erhalten. Die Verhandlungen, die voraussichtlich längere Zeit dauern, werden hier allgemein recht optimistisch beurteilt.